

Nowohradsky: Telefongebührenbefreiung für sozial Schwächere ist in Gefahr!

Niederösterreich, 9.11.1998 (NÖ) "Im Zuge der Privatisierung des Telefon-Festnetzes besteht die Gefahr, daß die derzeit bestehenden Telefongebührenbefreiungen wegfallen. Eine derartige Befreiung erhalten Ausgleichszahlungsbezieher und Menschen mit geringem Einkommen, also die sozial Schwächsten in unserer Gesellschaft, die aber auf ein Telefon angewiesen sind", ist der Sozialsprecher der VP NÖ, LAbg. Herbert Nowohradsky besorgt.****

"Wir wollen bereits jetzt vor einer derartigen Gefahr warnen und die verantwortlichen Stellen auf Bundesebene - das Bundeskanzleramt, das Verkehrsministerium und das Sozialministerium auffordern - dieser Entwicklung entgegenzuwirken. Das kann nur jetzt im Zuge der Verhandlungen, die mit den privaten Anbietern durchgeführt werden, geschehen", so Nowohradsky weiter.

Auf Initiative Nowohradskys wird daher ein Resolutionsantrag in der nächsten Landtagssitzung am 12.11.1998 eingebracht, der die zuständigen Bundesregierungmitglieder auffordert, sich für die sozial Benachteiligten einzusetzen. "Es kann nicht sein, daß sich der Bund ein 'Körpergeld' durch die Privatisierung verdient und die schwächsten Glieder unserer Gesellschaft unter die Räder kommen."

- 2 -

****ORIGINALTEXT-SERVICE UNTER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS****

OTS0031 1998-11-09/08:12

090812 Nov 98

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_19981109_OTS0031